



**bund der
energie
verbraucher**
gemeinnütziger e.V.

bund der energieverbraucher · Frankfurter Str. 1 · D-53572 Unkel

An den Bundesminister für Wirtschaft und
Klimaschutz
Herrn Dr. Robert Habeck - persönlich
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
Scharnhorststr. 34-37
10115 Berlin

Unkel, den 04. September 2023

Sehr geehrter Herr Dr. Habeck,

Ihre Sorge um die energieintensive Industrie respektiere wir als ernsthaftes Bemühen um das Wohlergehen der deutschen Wirtschaft. Sie sind aber durch Ihren Amtseid dem deutschen Volk und nicht der deutschen Wirtschaft verpflichtet.

Bitte erlauben Sie uns, einige Argumente vorzubringen, die gegen eine Subvention von Industriestrompreisen sprechen und Ihnen möglicherweise nicht geläufig sind.

Sie sind als Wirtschaftsminister umgeben von Menschen, die gut davon Leben, wenn es Ihnen gelingt, Sie als Minister davon zu überzeugen, dass Milliardengeschenke an die Industrie sachlich gerechtfertigt oder sogar geboten erscheinen. Ich rate Ihnen deshalb zur Vorsicht vor solchen Argumenten und auch gegenüber den Menschen, die sie im eigenen Interesse vorbringen.

Wir stehen auf der anderen Seite, also auf der Seite derjenigen, die die diese Milliardensubventionen aufzubringen haben: also der privaten Haushalte, des Mittelstandes und der Teile der Industrie, die nicht profitieren.

Milliardensubventionen für die Strompreise der Industrie sind nicht neu, sondern haben eine unselige und lange Tradition. Für das Jahr 2016 wurden sie auf 17 Milliarden Euro beziffert (Studie des Forums für ökosoziale Marktwirtschaft).

1

Beispiele sind

- die Konzessionsabgabe (2,39 Cent/kWh in Gemeinden mit über 500.000 Einwohnern, 0,11 Cent/kWh für Sondervertragskunden),
- die Stromsteuer (2,05 Cent/kWh für Haushalte, Produzierendes Gewerbe 0,14 Cent/kWh) und
- KWK-Umlage (0,336 Cent/kWh Haushalte, Industrie 0,05 Cent/kWh).
- Vergünstigung bei den Netzentgelten in Höhe von 580 Mio. Euro (Friedrich-Ebert-Stiftung 10/ 2020, Florian Zorzawy, Henning Herbst, Fabian Liss, Rouven Stubbe: UMLENKEN! Subventionen abbauen, Strukturwandel gestalten, Klima schützen).
- Strompreiskompensation: Im Jahr 2020 haben 325 deutsche Unternehmen rund 833 Millionen Euro Beihilfen für indirekte CO₂-Kosten des EU-Emissionshandels erhalten (Bericht der Deutschen Emissionshandelsstelle im UBA).

Die Industriestrompreis in Deutschland ist im EU-Vergleich nicht besonders hoch (Industrielle Strompreise in der EU im Vergleich: <https://www.bundestag.de/resource/blob/946972/75615c8e7f46975044beae6bba1ee4db/WD-5-022-23-pdf-data.pdf>).

Auch haben sich in Deutschland die durchschnittlichen Strompreise für kleine bis mittlere Industriebetriebe (ohne Stromsteuer) für Neuabschlüsse im Jahr 2023 gegenüber dem 2. Halbjahr 2022 mehr als halbiert und liegt derzeit 24,96 ct/kWh (BDEW).

Wir möchten in ein paar kurzen Stichworten meine/unsere Bedenken zusammenfassen:

- In den vergangenen fünf Jahren sind die Einkommen der Arbeitnehmer gesunken, die Gewinne der Unternehmen aber gestiegen. Wenn nun die Regierung die Unternehmen zusätzlich – und wie unten ausgeführt auch grundlos – subventioniert, dann entsteht der Eindruck, sie handelte im Interesse der so Begünstigten.
- Sowohl die Regeln des Welthandelsabkommens, als auch die Regeln für den gemeinsamen EU-Binnenmarkt verbieten grundsätzlich staatliche Subventionen und erlauben diese nur in eng umschriebenen Ausnahmefällen (siehe Bericht des Wiss. Dienstes des Bundestages, WTO Regelungen zu Subventionen bdev.de/WTO). In einer Welt, die durch Krieg und Handelskrieg geprägt ist, verstärkt der Vorschlag neuer Subventionen nicht das Vertrauen anderer Länder in die Handelsfairness von Deutschland.
- Wir plädieren für eine völlige Abschaffung jeglicher Strompreissubventionen für Industriebetriebe. Wenn beispielsweise Chlor und Aluminium im Ausland günstiger herzustellen sind, dann ist es vorteilhafter für Deutschland, diese Produkte günstig zu importieren, als sich eine hochsubventionierte deutsche Produktion zu leisten. Das

Gesetz der komparativen Vorteile ist ein Grundprinzip der Wirtschaftswissenschaften und wurde Anfang des 19. Jahrhunderts vom britischen Ökonomen David Ricardo formuliert. Es zeigt, wie Länder oder Individuen durch Spezialisierung und Handel voneinander profitieren können, selbst wenn ein Land in der Herstellung jedes Gutes absolut effizienter ist (siehe Anhang)

- Höhere Strompreise für die Industrie belohnen eine energieeffizientere Produktionsweise und führen zur Erschließung von Stromsparpotenzialen in der Industrie. Dies wirkt sich positiv auf die Energiewende aus und erhöht die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie bei weiter steigenden Strom- und Energiepreisen. Nach dem Ölpreisschock der 1970er Jahre verteuerte Japan die Energiepreise mit dem Ergebnis, dass Japan die leistungsfähigste Industrie und die effizientesten Technologien hervorgebracht hat. ("Prinzipiell ist es möglich, auch bei hohen Energiepreisen eine führende Industrienation zu sein: das zeigt das Beispiel Japan seit einigen Jahrzehnten", aus: Hans-Wilhelm Schiffer und Stefan Ulreich: Verbraucherpreise für Energie im internationalen Vergleich, ifo Schnelldienst 5 / 2023 76. Jahrgang).
- Hoher Exportüberschüsse sind fragwürdig: Der binnenländische Konsum ist wichtiger als ein Exportüberschuss. Er kommt der Bevölkerung zugute. Die auf Exportorientierte fixierte deutsche Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahrzehnte hat der Bevölkerung geschadet. Hohe Exportüberschüsse führen zu einer schwachen Binnennachfrage. Es macht deshalb keinen Sinn, die Binnennachfrage zusätzlich durch Strompreissubventionen und damit verursachte höhere Energiepreise für Verbraucher und nicht privilegierte Industrien zu drosseln.
- Begünstigte Branchen haben nur geringe Bedeutung für Wirtschaft und Beschäftigung: Die Sektoren, die besonders von den Strompreissubventionen profitieren. Chemie, Aluminium, Stahl, Papier und Kupfer zusammen haben laut Studie nur einen Anteil von 2,5 Prozent an der Bruttowertschöpfung und einen Beschäftigungsanteil von 1,4 Prozent (siehe Einzelbericht zum Einfluss der Strompreise auf die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie, Seite 66).
- Strukturpolitisch falsche Anreize: Die nicht begünstigten Betriebe haben durch die Subventionen höhere Strompreise und somit Wettbewerbsnachteile. Die Subventionen begünstigen große Industriekonglomerate zu Lasten der innovativen und arbeitsplatzschaffenden mittelständischen Industrie.
- Strompreise sind kein Standortfaktor und deshalb auch kein Grund für Abwanderung. Eine Studie des ESRC Research Centre belegt den geringen Einfluss von Energiepreisen auf Importe auf der Basis von 62 Sektoren und 42 Ländern (Misato Sato u. Antoine Dechezlepretre, GRU Working Paper Series Nr. 178). Seit mehr als drei Jahrzehnten erhebt und vergleicht das Weltwirtschaftsforum (World Economic Forum, WEF) vielfältige Faktoren für die nationale Wettbewerbsfähigkeit. Energiepreise werden in dieser Studie nicht als relevanter Indikator für Wettbewerbsfähigkeit erfasst. Die Energiestückkosten im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland liegen stets unter dem durchschnittlichen Wert der anderen europäischen Mitgliedsstaaten. Sie befinden sich auf einem

ähnlichen Niveau wie die Energiestückkosten in den USA oder Großbritannien. Im Vergleich fallen die Kosten in China und Japan deutlich höher aus (siehe FÖS: Umweltfreundlich, sozial und wettbewerbsfähig Strompreise und Stromkosten in der Diskussion, Oktober 2021 sowie Germeshausen/Löschel 2015)

- Die betroffenen Industrien operieren europaweit und haben Zugang zu den Beschaffungsmärkten in ganz Europa. Insoweit lässt sich das vermeintliche Problem nicht durch Subventionen in Deutschland lösen.
- Subventionen lassen sich leicht einführen, jedoch ist es so gut wie unmöglich, sie wieder abzuschaffen (siehe: David Kahnemann: Schnelles und langsames Denken), da sie als Besitzstand verteidigt werden. So verhält es sich auch mit der Befreiung energieintensiver Betriebe von der EEG-Umlage, der sog. besonderen Ausgleichsabgabe, einem milliarden schweren Geschenk an die Großindustrie. Mit sehr durchsichtigen Argumenten sollen diese Industriegeschenke jetzt wieder zu Leben erweckt werden.

Aus den genannten Gründen empfehlen wir dringend, von einer Subventionierung von Industriestrompreisen abzusehen. Eine solche Subvention wäre wirkungslos, unnötig und hätte eine Folge von gravierenden negativen Folgen.

Mit freundlichen Grüßen



Bund der Energieverbraucher e.V.

Leonora Holling Vorstand Bund der Energieverbraucher e.V.

Dr. Aribert Peters Vorstand Bund der Energieverbraucher e.V.

Anhang: Gesetz der komparativen Vorteile

Das Gesetz der komparativen Vorteile ist ein Grundprinzip der Wirtschaftswissenschaften und wurde Anfang des 19. Jahrhunderts vom britischen Ökonomen David Ricardo formuliert. Es zeigt, wie Länder oder Individuen durch Spezialisierung und Handel voneinander profitieren können, selbst wenn ein Land in der Herstellung jedes Gutes absolut effizienter ist.

Um das Konzept zu veranschaulichen, nehmen wir ein einfaches Beispiel mit zwei Ländern und zwei Produkten:

Länder: A und B Produkte: Tuch und Wein

- Angenommen, Land A kann ein Tuch in 10 Arbeitsstunden und einen Liter Wein in 5 Arbeitsstunden herstellen. Land B hingegen benötigt 15 Arbeitsstunden für ein Tuch und 20 Arbeitsstunden für einen Liter Wein.
- Auf den ersten Blick könnte man denken, dass Land A in beiden Produkten einen absoluten Vorteil hat, weil es weniger Zeit benötigt, beide Produkte herzustellen. Aber das Gesetz der komparativen Vorteile schaut auf die Opportunitätskosten:

Wenn Land A ein Tuch produziert, gibt es 2 Liter Wein auf, die es hätte produzieren können (10 Stunden / 5 Stunden pro Liter = 2 Liter). Umgekehrt gibt Land B 0,75 Liter Wein auf, um ein Tuch zu produzieren (15 Stunden / 20 Stunden pro Liter = 0,75 Liter).

- Daher hat Land A einen komparativen Vorteil bei der Weinproduktion und Land B einen komparativen Vorteil bei der Tuchproduktion, trotz des absoluten Vorteils von Land A in beiden Produkten.
- Durch Spezialisierung und Handel können beide Länder von ihren komparativen Vorteilen profitieren und insgesamt mehr Tuch und Wein produzieren, als wenn jedes Land versucht, beide Produkte selbst herzustellen.
- Dieses Prinzip fördert den internationalen Handel und zeigt, dass Länder durch Spezialisierung und Austausch von Gütern und Dienstleistungen Wohlstandsgewinne erzielen können, selbst wenn ein Land in der Produktion aller Güter effizienter ist.